

Bern, den 25. April 1955.

An den B u n d e s r a t

Ausgeteilt

Vertraulich

Ba/Kil. 793.3.0  
Teilnahme an der 10. Session der  
Europäischen Wirtschaftskommission  
in Genf vom 15. - 30. März 1955.

Mit Beschluss vom 8. März 1955 haben Sie die Einladung des Exekutivsekretärs der Europäischen Wirtschaftskommission (ECE), sich an der 10. Plenartagung dieser Kommission in Genf vertreten zu lassen, angenommen. Die gleichzeitig von Ihnen bezeichnete Delegation nahm, wie in den vorangegangenen Jahren, in konsultativer Eigenschaft an dieser Session teil. Wir gestatten uns hiermit, Ihnen über Verlauf und Ergebnis der Tagung zusammenfassend Bericht zu erstatten.

#### I. Eröffnung der Session.

Der bisherige Präsident, Botschafter Josef Ullrich (Tschechoslowakei), eröffnete die Versammlung, welcher die Vertreter bzw. Beobachter von 31 Staaten und von 11 internationalen Organisationen sowie nicht-gouvernementalen Institutionen beiwohnten. Die Bedeutung, die dieser Tagung von den teilnehmenden Ländern beigemessen wurde, geht daraus hervor, dass sich an der Spitze der z.T. starken Delegationen verschiedene Mitglieder der Regierungen, der Diplomatie oder Leiter der zuständigen Verwaltungen befanden, worunter beispielsweise zu erwähnen sind: Staatssekretär Lord Reading (Grossbritannien), die ehemaligen Kabinettsminister Joannes-Dupraz und André Philip (Frankreich, die stellvertretenden Handelsminister Kumykin (Sowjetunion) und Schmelz (Tschechoslowakei), Handelsminister Skaug (Norwegen), die Unterstaatssekretäre Benvenuti (Italien) und Kreisky (Oesterreich), Wirtschaftsminister Krag (Dänemark) u.a.m. In den Eröffnungssprachen des Vorsitzenden, des Exekutivsekretärs Gunnar Myrdal und des Leiters der Abteilung für Wirtschafts- und Sozialangelegenheiten der UNO, Philippe de Seynes, der die Delegationen im Namen des Generalsekretärs der UNO, Dag Hammarskjöld, begrüßte, wurde im

Rückblick auf das verflossene Jahr die Tätigkeit der ECE, ihre zunehmende wirtschaftliche Bedeutung im Verhältnis von West- und Osteuropa sowie im Rahmen der regionalen Wirtschaftskommissionen der Organisation in New York geschildert und die Rolle betont, die den Arbeiten der technischen Komitees der Genfer Kommission zufolge der regen Teilnahme der Länder für den inner- und den aussereuropäischen Handelsverkehr zukommt. Gemeinsam wurde von den Rednern unterstrichen, dass diese aktivere Zusammenarbeit geeignet sei, zur Normalisierung der politischen Verhältnisse beizutragen, die gegenseitigen Wirtschaftsbeziehungen zwischen Ost und West zu fördern und damit der Annäherung und dem Frieden unter den Mitgliedstaaten zu dienen.

## II. Verlauf der Verhandlungen.

Die Diskussion über die Verhandlungsgegenstände der Tagesordnung, die ungefähr die gleichen waren wie anlässlich der früheren Sitzungen der ECE, sei nachstehend in den einzelnen Hauptzügen erörtert.

1. Teilnahme West- und Ostdeutschlands. Die Genehmigung der provisorischen Tagesordnung löste insofern eine bewegte Debatte aus, als die sowjetische Delegation sofort auf Grund eines Resolutionsentwurfes im Sinne einer Prioritätsbehandlung vorschlug, die Tagesordnung durch Aufnahme der Frage betreffend die Zulassung von Vertretern der Bundesrepublik Deutschland und der Deutschen Demokratischen Republik zur 10. Session zu ergänzen und als erstes Traktandum, vor Annahme der Tagesordnung sowie vor der Bürowahl, zu behandeln. Dieser Antrag ausgesprochen politischen Charakters führte zu langwierigen Auseinandersetzungen zunächst formeller Art zwischen den östlichen Delegationen, die den russischen Vorschlag eindringlich befürworteten, und den westlichen Vertretungen, die sich gestützt auf das für die ECE geltende Verfahrensreglement entschieden gegen die Erweiterung der Traktandenliste durch die deutsche Frage wandten. Schliesslich wurde diese verfahrensmässige Diskussion dadurch beendet, dass die Versammlung beschloss, den erwähnten Resolutionsentwurf als Punkt 3 in die Tagesordnung aufzunehmen. Dieses Vorgehen trug wenigstens dem auf westlicher Seite offensichtlich vorherrschenden Bestreben Rechnung, die materielle Diskussion dieses heiklen Problems unter dem neuen Präsidenten, der turnusgemäss diesmal vom Westen zu stellen war, durchzuführen. Damit war auch die einstimmige Annahme der Tagesordnung gesichert und der Weg zur Vornahme der Bürowahl offen.

Nach Abwicklung dieses Wahlgeschäftes setzte die Aussprache über die Teilnahme deutscher Vertreter an den Beratungen unter dem neuen Vorsitzenden mit unverminderter Heftigkeit wieder sei, die bekanntlich schon anlässlich früherer Sessionen zur Diskussion stand (vgl. unseren Bericht vom 12. April 1954 über die 9. Session). Sie wurde diesmal östlicherseits, unter Führung der UdSSR, hauptsächlich mit der Begründung aufgegriffen, dass der Ausschluss von Vertretern der beiden Teile Deutschlands angesichts der seitherigen politischen und wirtschaftlichen Entwicklung nicht länger gerechtfertigt werden könne. Er stehe

geradezu im Widerspruch mit dem von der ECE propagierten Prinzip der Zusammenarbeit zwischen dem Osten und Westen. Die Frage der Wiedervereinigung beider Gebietsteile werden in keiner Weise präjudiziert. Abgesehen davon sei diese Zulassung auch begründet durch die bisherige Beteiligung von Experten beider Zonen an den Arbeiten der technischen Komitees der ECE. Die sowjetische Initiative stiess erwartungsgemäss auf entschlossenen Widerstand. Die Vertreter Frankreichs, Grossbritanniens, der USA sowie diejenigen Schwedens und Jugoslawiens wiesen darauf hin, dass Deutschland immer noch ein besetztes Staatsgebiet und der gegenwärtige Zeitpunkt schlecht gewählt sei für eine derartig delikate Entscheidung, die der rechtlichen Basis entbehre und die Verhandlungen unter den vier Besetzungsmächten im Hinblick auf die Vereinheitlichung Deutschlands nur erschweren könne. Damit werde übrigens die wirtschaftliche Wichtigkeit dieses Landes keineswegs unterschätzt. Das Problem der Zulassung könne aber nur im Rahmen des Mandates des Wirtschafts- und Sozialrates gelöst werden; die ECE sei hiefür nicht zuständig, weshalb der status quo einstweilen beibehalten werden müsse. Der sowjetische Resolutionsentwurf wurde in der Abstimmung mit 13 gegen 5 Stimmen abgelehnt, worauf der Exekutivsekretär betonte, dass diese Ablehnung die Mitwirkung deutscher Vertreter an den Arbeiten der Komitees der ECE in der bisherigen Form keineswegs ausschliesse. Er verwies im übrigen auf das Schreiben der Regierung der Deutschen Demokratischen Republik vom 23. Februar a.c. an den Exekutivsekretär betreffend diese Zulassungsfrage, das während der Tagung an die Teilnehmer verteilt wurde (Beilage 1).

Die Diskussion über diesen Verhandlungsgegenstand flammte jedoch erneut auf bei der Redaktion des Jahresberichtes der ECE an den Wirtschafts- und Sozialrat (vgl. Ziff. 10 hiernach). Die Bereinigung des Berichtsentwurfes verzögerte den Abschluss der Tagung unliebsam und es kam anlässlich einer besonderen internen Sitzung der Delegationschefs zu polemischen Ausfällen seitens des polnischen gegenüber dem französischen Delegierten, wobei westliche (Grossbritannien, USA, Niederlande) und östliche Delegationen die Wortführer gegenseitig unterstützten. Es ging um die Interpretation der grundsätzlichen Erklärung des Vertreters Frankreichs zu dieser Frage, die von den Delegierten der Oststaaten als unrichtig und ungerechtfertigt bezeichnet wurde. Diese machten insbesondere geltend, dass die französische Darstellung, trotz des negativen Abstimmungsergebnisses über den Resolutionsentwurf, von der Versammlung nicht geteilt worden sei. Nach mühsamem Suchen nach einer Kompromissformel einigte man sich schliesslich dahin, den Wortlaut der beidseitigen Erklärungen in den Jahresbericht der ECE aufzunehmen. Die französische Erklärung gibt der Auffassung Ausdruck, dass der eingereichte Resolutionsentwurf einen ersten Schritt zur Zuerkennung der Souveränität an eine Zone bedeuten würde, die mehrere Länder noch als unter der Administration der UdSSR stehend betrachten. In der polnisch-russischen Gegenerklärung wird erwähnt, dass die Beteiligung beider Teile Deutschlands an den Arbeiten der Kommission keineswegs eine diplomatische Anerkennung involviere, dass die französische Ansicht bedauert werde und dass die westlichen Besetzungsmächte durch den Ausschluss deutscher Vertreter offensichtlich

darnach trachteten, der deutschen Ostzone die Ausweitung ihrer Beziehungen zu verunmöglichen. \*

2. Wahl des Büros. Als Präsident der 10. Session wurde der belgische Delegationschef, Botschafter Max Suetens, als Vizepräsident der polnische Delegationschef, Minister Julius Katz-Suchy einstimmig gewählt.

3. Tätigkeit der technischen Komitees. In der allgemeinen Aussprache, die der eingehenden Prüfung der Tätigkeitsberichte der 9 Komitees vorangeht, gaben der sowjetische und ungarische Delegierte dem Wunsche Ausdruck, dass dem technischen Informationsaustausch in Zukunft mehr Beachtung geschenkt werde. Der Vertreter Ungarns bedauerte zudem die Tendenz gewisser Länder, internationale Wirtschaftsprobleme durch andere Organisationen nicht ausgesprochen wirtschaftlicher Natur behandeln zu lassen, wünschte, dass die Komitees sich inskünftig weniger mit administrativen Angelegenheiten befassen und verlangte schliesslich, dass seinem Land die gleichen Rechte eingeräumt werden wie den andern teilnehmenden Ländern.

In der anschliessenden Diskussion wurde allgemein die Bedeutung der Komiteearbeiten für die wirtschaftliche Zusammenarbeit hervorgehoben, ohne dass sich dabei ernsthafte Kritik geltend machte, so dass die Annahme der Berichte jeweils unter Berücksichtigung der gefassten Resolutionen sowie der vorgebrachten Anregungen einstimmig erfolgte.

Zum Bericht des Landwirtschaftskomitees, das vom schweizerischen Delegierten, Herrn Louis Maire (Genf), präsiert wird, und dessen Wirken mit anerkennenden Worten bedacht wurde, regte der dänische Delegierte an, das Komitee sollte nicht nur die Probleme des west-östlichen Warenaustausches studieren, sondern sich mit dem gesamteuropäischen Agrarkomplex beschäftigen; diese Anregung begegnete keiner Opposition.

Das neuerdings bekundete Interesse für das Industrie- und Rohstoff-Komitee, dessen Arbeitsgruppe für mechanische Industrie sich weiterhin namentlich mit der Frage allgemeiner Lieferbedingungen befasste, führte zu einer einhellig angenommenen Resolution (Beilage 2), worin der Exekutivsekretär eingeladen wird, im Benehmen mit den Regierungen eine besondere Arbeitsgruppe für Landwirtschaftsmaschinen und für den technischen Erfahrungsaustausch zwecks Stimulierung der Agrarproduktion und des Handels mit maschinellen Erzeugnissen einzusetzen, nötigenfalls andere spezielle Expertengruppen für die Prüfung von Einzelproblemen der Länder auf dem industriellen und gesetzgeberischen Sektor zu bilden. Auf Anregung der britischen Delegation wurde ferner einmütig eine Resolution gutgeheissen (Beilage 3), wonach der Unterausschuss für Wohnungsbau angesichts der Aktualität seiner Tätigkeit in ein selbständiges Komitee unter Beibehaltung des bisherigen Mandates umgewandelt wird.

Bei Behandlung des Berichtes des Holzkomitees gab der schweizerische Delegationschef im Einvernehmen mit unserem Delegierten in diesem Komitee eine Erklärung ab (Beilage 4), worin er auf die derzeitige Mangellage auf dem Holzmarkt hinwies, der Vollständigkeit halber sei beigefügt, dass die Vertreter Grossbritanniens & der USA eine Erklärung zu Protokoll gaben, worin sie sich ausdrücklich zur französischen Auffassung bekannten.

das Interesse der Schweiz als Importland und die Vordringlichkeit hervorhob, die den Arbeiten dieses Komitees auf möglichst breiter internationaler Basis und der Abklärung technischer Fragen in Verbindung mit der FAO zukommt.

Allseits befürwortet wurde sodann, angesichts ihrer internationalen Aspekte, die Fortsetzung der Arbeiten durch das Komitee für elektrische Energie, für Inlandtransporte und für Stahl. Mit Bezug auf das Arbeitskraftkomitee wurde von einem Bericht des Vertreters des internationalen Arbeitsamtes über den Arbeitsmarkt, die Verfolgung der Entwicklung zusammen mit der ECE und die Beschlüsse der letzten europäischen Regionalkonferenz der OIT Kenntnis genommen.

In den Beratungen über das Kohlenkomitee wurde der vom Sekretariat herausgegebene Bericht "Le prix des produits pétroliers en Europe occidentale", dessen Erscheinen in den interessierten internationalen Kreisen einigen Staub aufgewirbelt hat, nur nebenbei erwähnt. Die Publikation behandelt die im Verlaufe der letzten Jahre eingetretenen tiefgreifenden Änderungen (Raffinationskapazität, vermehrte Bezüge Europas von Rohöl anstelle von Fertigfabrikaten, Preis- und Importpolitik usw.). Im übrigen wurde von den Oststaaten erneut die Kohleneinfuhr aus den USA beanstandet, indem sie geltend machten, Europa sollte die eigenen Versorgungsmöglichkeiten ausschöpfen. Irgendwelche Beschlüsse zu diesem Bericht wurden nicht gefasst.

Eine lebhafte Aussprache fand über das "Comité pour le développement du commerce" statt, das vom Vizepräsidenten dieses Komitees, dem polnischen Delegierten Wolynski, der den Tätigkeitsbericht erläuterte, als "le lieu de rencontre de l'Europe pour l'examen des questions commerciales" bezeichnet wurde. Es sei in diesem Zusammenhang darauf hingewiesen, dass im Bestreben, die Tätigkeit des Handelskomitees aktiver zu gestalten, in den letzten beiden Jahren sogenannte Expertenkonsultationen für die Entwicklung des West/Osthandels durchgeführt worden sind. Die Bedeutung des Komitees wurde in der ausgiebig benützten Debatte ganz besonders hervorgehoben. Dieser Auffassung kann vom Standpunkt der schweizerischen Aussenhandelsbeziehungen aus durchwegs beigepflichtet werden, da nicht nur von den periodischen Kontaktnahmen mit den Vertretern des Ostens, sondern auch von der Tätigkeit des Komitees im allgemeinen praktische Resultate für die Förderung des Warenaustausches erwartet werden dürfen. Der sowjetische Vertreter unterbreitete einen Resolutionsentwurf betreffend die Beseitigung der Hindernisse im innereuropäischen Handel, insbesondere hinsichtlich der Diskriminierung der UdSSR und anderer Oststaaten durch die amerikanischen Embargo-Listen. Der Exekutivsekretär wurde darin aufgefordert zu veranlassen, dass das Handelskomitee sich in Zukunft einlässlich mit diesen den West/Osthandel störenden Schwierigkeiten befasse. Wie nicht anders zu erwarten war, fand der russische Antrag lebhafte Unterstützung seitens der Vertreter der Satellitenstaaten, während er von den Delegierten Grossbritanniens und der USA ebenso energisch bekämpft wurde. Bemerkenswert ist, dass sich neben dem Vertreter der Niederlande auch derjenige Jugoslawiens gegen den Resolutionsentwurf aussprach. Der englische Sprecher wies vor allem auf die Unzuständigkeit des Handelskomitees zur Behandlung der Frage der strategischen Kontrollen hin, die eine logische Folge der andauernden unsicheren politischen Lage seien.

Gegenüber einem polnischen Vermittlungsvorschlag, die Versammlung möge einen Kompromiss zwischen den entgegengesetzten Auffassungen herbeiführen, erwiderte der britische Delegierte, dass es sich in diesem Falle um zwei sich ausschliessende Gesichtspunkte handle, für die es keine Zwischenlösung gebe. In der namentlichen Abstimmung wurde der sowjetische Resolutionsentwurf mit 13 gegen 5 Stimmen verworfen. Keine ungeteilte Aufnahme fand auch der von der gleichen Delegation eingereichte Resolutionsentwurf, worin allen technischen Komitees empfohlen wurde, künftighin dem Erfahrungsaustausch auf dem wissenschaftlichen und technischen Gebiet sowie der Ermöglichung von Reisen besonderer Sachverständiger in die teilnehmenden Länder mehr als bisher ihre Aufmerksamkeit zu widmen. Auf westlicher Seite, wo diese Initiative einiges Misstrauen erweckte, legte man vor allem Nachdruck auf das Erfordernis der Gleichheit und Gegenseitigkeit als Voraussetzung für die Verwirklichung solcher Massnahmen. Dieser Auffassung wurde alsdann auf Grund eines englisch-sowjetischen Kompromissvorschlages im Wortlaut einer schliesslich angenommenen Resolution (Beilage 5) Rechnung getragen. Die schweizerische Delegation hat den schweizerischen Delegierten in den ECE-Komitees vom Resolutionsentwurf vorgängig der Beschlussfassung Kenntnis gegeben. Der endgültige Resolutionstext widerspricht der schweizerischen Auffassung in dieser Sache nicht.

4. Anderweitige Tätigkeit der ECE und des Sekretariates. Der Bericht des Exekutivsekretärs über die letztjährige Konferenz europäischer Statistiker sowie derjenige über die technische Beihilfe der UNO wurden lobend verabschiedet. Einer Auseinandersetzung rief die Frage der Beziehungen der ECE mit den speziellen Organisationen der UNO, den inter- und nicht-gouvernementalen Institutionen. Die östlichen Delegierten wandten sich gegen die Zusammenarbeit der ECE namentlich mit der CECE, der Montanunion und dem Europarat, deren Tätigkeit nicht im Einklang mit den Bestrebungen der ECE stünden und gegen den Frieden Europas gerichtet seien. Die Vertreter des Westens stellten diese Behauptung unter Hinweis auf die Zielsetzungen der fraglichen Organisationen richtig und ermunterten den Exekutivsekretär, diese Beziehungen weiterhin aufrecht zu erhalten. Letzterer erläuterte Natur, Zweck und Verfahren dieser internationalen Kontakte, die für das gute Funktionieren der ECE unerlässlich seien und im übrigen unter Bedachtnahme auf die politischen und wirtschaftlichen Meinungsverschiedenheiten der teilnehmenden Länder vom Sekretariat "avec toute la prudence voulue" gepflogen würden. Der griechische Delegierte gab eine Erklärung zu Protokoll, wonach die Umwandlung dieser offiziellen in formelle Beziehungen wünschbar wäre, insbesondere mit dem auch vom englischen Delegierten erwähnten "Conseil oriental pour l'assistance économique mutuelle". Der östliche Vorstoss blieb schliesslich erfolglos.

5. Interregionale Zusammenarbeit. Die Versammlung stimmte auf Grund eines tschechoslowakischen Antrages einer Resolution zu (Beilage 6), die den Exekutivsekretär beauftragt, den Wirtschafts- und Sozialrat von der Auffassung der ECE in Kenntnis zu setzen dahingehend, dass Handelskonsultationen zwischen den drei regionalen Wirtschafts-

kommissionen der UNO, der lateinamerikanischen (ECLA), der asiatischen (ECAFE) und der europäischen (ECE) Kommission, geeignet erscheinen, die Wirtschaftsbeziehungen zu verstärken und den Welt-handel zu erweitern; sie gibt überdies dem Wunsche Ausdruck, dass im Rahmen der Beschlüsse des Wirtschafts- und Sozialrates sobald als möglich die zweckmässigen Vorbereitungsmaßnahmen für die Abhaltung solcher interregionaler Konsultationen von Handels-experten getroffen werden.

6. Wirtschaftsentwicklung Süd-Europas. Der vorläufige Bericht der Experten Griechenlands, Italiens, der Türkei und Jugoslawiens über besondere Probleme und das gemeinsame Aktionsprogramm dieser Länder über die wirtschaftliche Entwicklung auf dem Gebiete der Landwirtschaft, der Industrie und des Handels wurde mit Interesse und Befriedigung über diese von der UNO geförderte Zusammenarbeit zur Kenntnis genommen. Die Expertengruppe erhielt den Auftrag, die Prüfung der Lage fortzusetzen und über die erzielten Fortschritte an der nächsten Session der ECE zu berichten.

7. Resolutionen des Wirtschafts- und Sozialrates der UNO. Die Versammlung nahm nach Erläuterungen des Exekutivsekretärs Kenntnis von diesen Resolutionen. Der Generalsekretär der "Fédération mondiale des associations pour les Nations Unies" unterstrich das Interesse dieser Vereinigung am gemeinsamen Werk der UNO und der ECE zur Erreichung der gesteckten Ziele, nicht zuletzt auch durch die entsprechende finanzielle Unterstützung (Fonds spécial des Nations Unies pour le développement économique/UNFED).

8. Wirtschaftslage Europas 1954. Im Rahmen der Prüfung des von der ECE herausgegebenen "Economic survey of Europe" fand wiederum eine ausgiebige Generaldebatte über die europäische Wirtschaftssituation im Berichtsjahre statt. Eine weitere Diskussionsgrundlage bildete die vom schwedischen Professor Ingvar Svenilsson ausgearbeitete Studie über "Croissance et stagnation de l'économie européenne". Ausser den Voten von Vertretern internationaler, namentlich gewerkschaftlicher Organisationen, die pro domo sprachen und die Gegensätze kapitalistischer und sozialistischer bzw. kommunistischer Wirtschaftstheorien beidseits des Eisernen Vorhanges in z.T. heftigen Auseinandersetzungen in Erscheinung treten liessen, nahm eine Reihe von Delegationen zu den verschiedenen Ländern gewidmeten Spezialkapiteln (Frankreich, Oststaaten) des "Survey" und der darin geäusserten Kritik Stellung. Dabei wurden verschiedentlich unter Hinweis auf die Verbesserung der Situation und die Wirtschaftspolitik ihrer Regierungen Korrekturen der entsprechenden Feststellungen dieser Abschnitte verlangt. Der Exekutivsekretär und seine Ressort-Mitarbeiter erläuterten die Grundlagen und Darlegungen dieser Publikation, nahmen für sich die volle Objektivität für die veröffentlichten Angaben in Anspruch und machten einmal mehr geltend, dass es Sache der Regierungen selbst sei, dem Sekretariat die gewünschten Auskünfte über die wirtschaftlichen Verhältnisse ihrer Länder vollständig und rechtzeitig genug zu erteilen, um allfällige Missverständnisse und Irrtümer bei der künftigen Herausgabe dieses europäischen Wirtschaftsüberblickes zu vermeiden.

9. Arbeitsprogramm der ECE 1955/56. Die Versammlung genehmigte das vom Sekretariat vorgelegte Arbeitspensum unter Berücksichtigung der geäußerten Voten und Wünsche sowie der von den technischen Komitees festgelegten allgemeinen und Prioritätsaufgaben, die eine gesteigerte, auf konkrete und praktische Lösungen hinzielende Tätigkeit vorsehen.

10. Jahresbericht der ECE an den Wirtschafts- und Sozialrat. Nachdem die im Zusammenhang mit diesem Verhandlungspunkt wieder aufgenommene Diskussion über die Frage der Teilnahme deutscher Vertreter an der Session (worüber wir unter Ziff. 1 hiervor berichteten) abgeschlossen war, wurde der umfangreiche Jahresbericht, den der Präsident als Synthese der Tätigkeit der ECE bezeichnete, auch in den übrigen Teilen genehmigt.

11. Verschiedenes. Das einzige Traktandum bildete das Datum der nächsten Session der ECE, dessen Festsetzung dem Exekutivsekretär im Benehmen mit den Regierungen überlassen wurde. Hierauf schloss der Präsident die diesjährige Tagung unter den üblichen Lobes- und Dankeshymnen seinerseits und seitens verschiedener Delegationsführer.

### III. Schlussbemerkungen.

Der Vorsitzende Suetens verglich die Tätigkeit der ECE mit dem Bild einer "usine à plein rendement" und fügte bei: "la machine est aujourd'hui rodée". Etwas nüchterner betrachtet kann indessen diese etwas optimistische Beurteilung nicht darüber hinwegtäuschen, dass auch die 10. Session kein grundlegendes Problem von europäischer oder weltwirtschaftlicher Tragweite zu lösen vermochte. Nach wie vor bestimmten die politischen und ideologischen Meinungsdivergenzen im europäischen Raum nachhaltig den Gesprächscharakter der Genfer Kommission. Trotz der Einigkeit in gewissen Bezirken hatte sie Mühe, die Gegensätze in den ökonomischen Anschauungen zwischen dem Westen und Osten zu überbrücken. Auch diese Versammlung der für die europäische wirtschaftliche Zusammenarbeit geschaffenen Organisation vermittelte oft eher den Eindruck eines politischen Forums, das von der Sowjetunion und den von ihr beeinflussten Volkdemokratien des europäischen Ostens mit betonter Rührigkeit und Hartnäckigkeit dazu benützt wurde, ihre Thesen über den internationalen Frieden und Zusammenschluss vorzubringen und die üblichen Behauptungen und Anschuldigungen gegenüber dem Westen zu wiederholen (Pariserverträge, Wiedervereinigung Deutschlands, Embargopolitik usw.). Die Vertreter der Westmächte haben diese gewohnten Attacken mit Ruhe und Gelassenheit aufgenommen und mit Tatsachen über die Realität der politischen und wirtschaftlichen Gegebenheiten widerlegt. Abgesehen von diesen auseinanderklaffenden politischen Konzeptionen sind die positiven Elemente einer derartigen europäischen Diskussion nicht zu unterschätzen, soweit sie sich auf einer wirtschaftlich sachlichen Ebene und in einem dem Grundsatz der friedlichen Koexistenz eher entsprechenden verbindlichen Ton bewegt, wozu immerhin im Verlaufe dieser Session erfreulicher-



- 9 -

weise vermehrte Ansätze festzustellen waren. Ihr Gewinn liegt in erster Linie in den koordinierten Arbeiten der technischen Komitees und der aktiven Mitwirkung der Regierungen, in der Verwertung der Möglichkeiten, die sich aus der gemeinsamen Aktion für die Wirtschaften der beteiligten Länder und ihre Handelspolitik in bilateraler und multilateraler Richtung abzeichnen, im ungehinderten Austausch von Informationen und Erfahrungen. Von diesem Gesichtspunkt aus mag die Genfer Aussprache allmählich und auf weite Sicht praktischen Nutzen zeitigen.

Die Schweiz als Sitz der ECE erfuhr im Verlaufe der Tagung Dank und Anerkennung für ihre traditionelle Gastfreundschaft. Die Mitarbeit unseres Landes in den Organen der Kommission wird sehr geschätzt; es rechtfertigt sich durchaus, sie in der bisherigen Weise fortzusetzen.

## IV.

Wir gestatten uns, Ihnen den

A n t r a g

zu unterbreiten, vom vorstehenden Bericht in zustimmendem Sinne Kenntnis zu nehmen.

EIDG. VOLKSWIRTSCHAFTSDEPARTEMENT

sig. Holenstein

6 Beilagen.P.A. geht an:

Eidg. Politisches Departement (6 Exemplare), Eidg. Volkswirtschaftsdepartement (Generalsekretariat 2 Exemplare, Handelsabteilung 6 Exemplare, BIGA und Abteilung für Landwirtschaft je 1 Exemplar), Eidg. Finanz- & Zolldepartement, Eidg. Amt für Verkehr, SBB, Sektion für Forstwesen, Jagd und Fischerei, Eidg. Büro für Wohnungsbau, Eidg. Amt für Elektrizitätswirtschaft und Eidg. Amt für Wasserwirtschaft.

Beilage Nr. 1DEUTSCHE DEMOKRATISCHE REPUBLIK  
DER MINISTERPRÄSIDENT

An den Exekutivsekretär  
der Wirtschaftskommission  
der Vereinten Nationen für Europa  
Herrn Prof. Gunnar Myrdal

G e n f  
Palais des Nations

Sehr geehrter Herr Exekutivsekretär !

Sie legten mir anlässlich Ihres Besuches im Jahre 1952 in vorzüglicher Weise die Aufgaben und Bedeutung der Wirtschaftskommission der Vereinten Nationen für Europa dar. Entsprechend Ihrer Einladung zur Teilnahme an den Arbeiten der Wirtschaftskommission der Vereinten Nationen für Europa habe ich die Mitarbeit der zuständigen Organe der Deutschen Demokratischen Republik veranlasst, da die Deutsche Demokratische Republik bestrebt ist, friedliche und sachliche Beziehungen zu allen Ländern - insbesondere die Wirtschafts- und Handelsbeziehungen - zu fördern.

Die bedeutungsvolle Rolle der Europäischen Wirtschaftskommission für die Förderung und Erweiterung der ökonomischen Zusammenarbeit der europäischen Länder anerkennend, hat die Deutsche Demokratische Republik ihren Beitrag zur Mitarbeit geleistet. Allein in der Zeit zwischen dem IX. und X. Plenum der Kommission wurden zu mehr als 50 Tagungen der Organe der Wirtschaftskommission, der Spezialkomitees, ihrer Arbeitsgruppen und besonderer, von der Wirtschaftskommission organisierter Konferenzen, wie die Konferenzen der Experten für den Ost-West-Handel, Delegationen der Deutschen Demokratischen Republik entsandt.

Die bisherige Mitarbeit der Deutschen Demokratischen Republik in der Wirtschaftskommission der Vereinten Nationen für Europa erfolgte unter Anwendung des Artikels 10 des Mandats der Kommission. Dies entspricht jedoch nicht mehr dem gegenwärtigen staats- und völkerrechtlichen Status der Deutschen Demokratischen Republik. Auf Grund der Erklärung der Regierung der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken vom 26.3.1954 über die Herstellung der vollen Souveränität der Deutschen Demokratischen Republik und des Erlasses des Präsidiums des Obersten Sowjet der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken vom 25.1.1955 über die Beendigung des Kriegszustandes mit Deutschland nimmt die Deutsche Demokratische Republik dieselben Rechte für sich in Anspruch, wie jeder andere souveräne Staat.

./.

- 2 -

Deshalb erlaube ich mir, sehr geehrter Herr Exekutivsekretär, im Einklang mit den Prinzipien und unter Beachtung der Grundsätze der Wirtschaftskommission der Vereinten Nationen für Europa nunmehr zu beantragen, die Deutsche Demokratische Republik künftig unter Anwendung des Artikels 8 des Mandats der Kommission zur Mitarbeit in der Wirtschaftskommission der Vereinten Nationen für Europa mit beratender Stimme zuzulassen. Dabei lässt sich die Regierung der Deutschen Demokratischen Republik davon leiten, dass bis zur Wiederherstellung der Einheit Deutschlands beide Teile Deutschlands - die Deutsche Demokratische Republik und die Bundesrepublik Deutschlands - unter diesen Bedingungen an der Arbeit der Kommission teilnehmen sollten.

Genehmigen Sie, sehr geehrter Herr Exekutivsekretär, den Ausdruck meiner ausgezeichneten Hochachtung.

(signed) O. GROTEWOHL.

Berlin, den 23. Februar 1955.